

Ersteint
wöchentlich 2 Mal
(Dienstag und Freitag)
Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mark.
Eine einzelne Nummer
kostet 10 Pf.
Inseratenannahme
Montags u. Donnerstags
bis Mittag 12 Uhr.

Wochenblatt

Ersteint
wöchentlich 2 Mal
(Dienstag und Freitag)
Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mark
Eine einzelne Nummer
kostet 10 Pf.
Inseratenannahme
Montags u. Donnerstags
bis Mittag 12 Uhr.

für
Wilsdruff, Tharandt,

Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Meissen, das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.

Neununddreißigster Jahrgang.

Mr. 87.

Dienstag, den 4. November

1879.

Die Sozialdemokratie.

Die „National-Zeitung“, welche — irren wir nicht — s. B. das Sozialistengesetz selbst mit bekämpft, läßt sich heute zu einer Verteidigung desselben herbei, welche der Unparteilichkeit dieses Blattes alle Ehre macht und auch hier vollinhaltlich wiedergegeben zu werden verdient. Sie lautet: „Frankreich hat seine verurtheilten Socialdemokraten zurückgerufen. Die französischen Socialisten erblickten in dieser That, welche von Milde und Verzeihung zeugen sollte, nur ein Zeichen der Schwäche. Sie haben mit der Wahl eines der treuesten unter den Mordpredigern der Commune in den Pariser Gemeinderath und mit Artikeln ihrer Zeitungen geantwortet, die selbst das unerschütterliche Phlegma des Herrn Grevy erregten. Gegenwärtig tagt in Marseille ein socialistischer Arbeiterkongreß, welcher jede Fühlung mit der bürgerlichen Demokratie zurückweist und das Proletariat zum Kampfe gegen die Bourgeoisie organisiren will. Die französische Socialdemokratie tritt damit in ihre eine Zeit lang unterbrochenen Traditionen zurück. Sie kündigt der Gesellschaft von Neuem den Krieg an.“

In Deutschland ist es nunmehr ein Jahr, daß das Sozialistengesetz in Wirksamkeit getreten ist. Wie weit die Socialdemokratie innerlich geschwächt, in ihrer Organisation unterbrochen wurde, ist schon oft untersucht worden. Ein sicheres Resultat konnte bisher Niemand ziehen. Den Vortheil hat der Staat unter allen Umständen, daß seine Gesetze und Einrichtungen nicht mehr offen bedroht und verhöhnt werden. Wir betrachten das als eine Genugthuung für das Rechtsbewußtsein jedes Bürgers, gerade wie das Auftreten jener Partei eine fortwährende Verletzung dieses Gefühls war. Das Bewußtsein, daß es etwas Festes und Unererschütterliches in dem Staatswesen giebt, hat sich seitdem in weiten Kreisen, in denen schon der Zweifel Platz griff, gefestigt. Es wäre verkehrt, dies Ergebnis zu unterschätzen, wenn es auch nicht zahlenmäßig sich belegen läßt.

Am 18. October 1878 hielt Herr v. Schorlemer-Nist eine große Rede gegen das Sozialistengesetz im Reichstag. Am Schlusse faßte der ultramontane Redner in einer ihm geläufigen Weise sein eigenes Urtheil über das Gesetz dahin zusammen, es werde sich im Volk die Meinung verbreiten, daß dieses Ausnahmegesetz nur zu dem Zwecke gemacht wäre, gegen die Socialdemokratie gerichtet, die bürgerliche Freiheit überhaupt zu unterdrücken. Es ist nicht mehr als recht und billig, heute, nach einem Jahre der Geltung, dem preussischen Minister des Innern als dem leitenden Ausführer des Gesetzes und neben ihm seinen Collegen in den Bundesstaaten das Zeugniß zu geben, daß die Ausführung des Gesetzes eine loyale und gerechte war, daß, mögen einzelne Verstöße vorgekommen sein, die Freiheit der Bewegung in Deutschland, abgesehen von dem directen Zweck des Gesetzes, in keiner Weise gehindert wurde. Es gereicht uns sicher nicht zu geringer Befriedigung, ein solches Urtheil aussprechen zu können, dem gegenüber wir von keiner Seite Widerspruch fürchten müssen. Denn einzig im Vertrauen auf eine loyale Ausführung konnte die Mehrheit des Reichstages solche Gewalt den Regierungen anvertrauen.

Deutschland befindet sich zwischen Frankreich, welches von neuem den Versuch machen zu sollen scheint, wie die Socialisten die Freiheit begreifen, und zwischen Rußland, dessen socialistische Agitation den unausgesetzten Verurtheilungen und Deportationen mit dem Messer und der Pistole antwortet. Wir finden keine Veranlassung, unseren Zustand als den schlimmsten der von dem Socialismus in Angriff genommenen Länder zu betrachten.“

Tagesgeschichte.

Berlin, 31. Okt. Der Generalinspekteur der Artillerie Eugen Anton Theophil von Podbielski ist heute Nachmittag plötzlich gestorben.

Die Trauerfeierlichkeit für den verstorbenen General v. Podbielski wird im Beisein Seiner Majestät des Kaisers Dienstag Vormittag 10 Uhr im Trauerhause Leipziger-Platz Nr. 10 stattfinden.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat seine Präsidenten gewählt und damit seine Fahne entrollt, das Zeichen, unter welchem es streiten und siegen will. Die Fahne zeigt die Farben der vereinigten Alt- und Neu-Conservativen, des Centrums und der Polen. Zum ersten Präsidenten wurde gewählt mit 218 unter 382 gültigen Stimmen Herr v. Köller, ein altconservativer Edelmann aus Pommern; zum Vicepräsidenten mit 220 unter 377 gültigen Stimmen Herr v. Benda, nationalliberal; zum 2ten Vicepräsidenten Herr v. Heeremann (Centrum) mit 215 Stimmen. Die Freiconservativen, Liberalen und Wilsdruffer hatten die Abgeordneten v. Bennigsen und Bethusy-Huc aufgestellt und es zu 164 und 155 Stimmen gebracht. Wenn Bennigsen der Candidat Bismarcks für den Präsidentenstuhl war, wie man sagt, so haben die Conservativen und das Centrum auch über Bismarck gestimmt.

Herr v. Leonhardt ist als Justizminister abgetreten und hat an dem Unterstaatssecretair Dr. Friedberg seinen Nachfolger erhalten. Leonhardt ist der Schöpfer der neuen Gerichtsorganisation, die seinen Namen in Ehren erhalten wird und darf mit seinem Nachruf zufrieden sein. Wischthorff wäre s. B. auch gern preussischer Justizminister oder

auch ein anderer Minister geworden und hat's sehr übel genommen, daß man ihn überging.

Der Entwurf einer Schanksteuer und einer Besteuerung des Kleinhandels mit Branntwein wird in den nächsten Tagen dem preussischen Abgeordnetenhaus zugehen. Er erstreckt sich auf alle Gewerbetreibenden mit Wein, Bier, Branntwein und sonstigen spirituellen Getränken, mag ihr Geschäftsbetrieb vornehmlich (wie Schankwirthe, Destillateure) oder nur nebenbei in dem Absatz geistiger Getränke bestehen (wie Conditoren, Hoteliers etc.). Bei der Steuerveranlagung dieser Gewerbetreibenden soll durchweg ausschließlich der Absatz an geistigen Getränken, und nicht ihr sonstiger Geschäftsbetrieb (also bei Restaurateuren nicht auch ihr Absatz an Speisen) berücksichtigt werden. Der Durchschnittsatz für die Berliner Steuerpflichtigen ist im Entwurf auf 204 Mk. und für das platte Land auf 130—140 Mk. mit einem gleichen Minimalatz von 24 Mk. angenommen. Die liberalen Parteien im Abgeordnetenhaus stimmen darin überein, daß die neue Steuer den Ruin gerade der besseren Theile der betroffenen Steuerpflichtigen zur Folge haben müsse und deshalb in der Fassung des Entwurfs durchaus zu bekämpfen sei, während die Conservativen mit den Ultramontanen wohl voraussichtlich ohne Amendirungsversuche dafür stimmen werden.

In Berlin ist am 26. October folgendes kurze, aber vielsagende Telegramm des Geh. Regierungsrath Reuleaux aus Sidney an das Reichskanzleramt angelangt: „Deutsche Abtheilung größte Anerkennung!“

Die gemeinsame Uniform für die Post- und Telegraphenbeamten ist vom Kaiser nach der vom Generalpostmeister vorgelegenen Probe, welche die Berliner Firma Eduard Sachs geliefert hatte, genehmigt worden. Die neue Uniform schließt sich an die jetzige der Telegraphenbeamten an, läßt nur die Epauletten durch Achselstücke ersetzen und zeigt einige kleine Aenderungen am Kragen und an den Aufschlägen. Durch diese Aenderung werden wohl die wiederholt laut gewordenen Klagen der Postbeamten über ihre jetzige, angeblich unpraktische, mindestens nicht schöne Uniform Erledigung gefunden haben.

Im Gegensatz zu der Zerfahrenheit in unserem Gewerbeleben, welche die fast unbeschränkte Gewerbefreiheit unserer Reichsgesetzgebung zur Folge gehabt hat, geht durch dasselbe jetzt ein Zug nach immer engerem Zusammenreten, der einzelnen Genossen zu Vereinen, der Vereine zu Verbänden u. s. w. So hat sich in Eisenach am 12. October ein Verband thüringischer Gewerbevereine gebildet, welchem von den 60 Gewerbevereinen Thüringens bis jetzt 16 beigetreten sind. Als Ziel dieser Vereinigung bezeichnete der Vorsitzende des Eisenacher Gewerbevereines die Errichtung einer Reichsgewerbekammer. Verhandelt wurde dabei über die Stellung des Verbandes zur deutschen Gewerbeordnung, zu den Innungen und einzelnen Gewerbevereinen und zu den Gewerbekammern. Auch die Lehrlings- und Gesellenfrage kam zur Erörterung. Am gleichen Tage sowie an den zwei folgenden hielt auch der Verbandstag der deutschen Gewerksvereine in Nürnberg drei Sitzungen, in welchen die Zwangspensionskassen, Verbreitung der Gewerksvereine in Süddeutschland, Einführung einer Arbeitsstatistik und eines Arbeitsnachweises, Errichtung einer Beitragsversicherungskasse und einer Verbandskasse zur Unterstützung reisender und arbeitsloser Mitglieder die Gegenstände der Berathung bildeten.

Die deutsche Turnerschaft bestand am 1. Januar d. J. aus 164,974 Mitgliedern, welche in 17 Turnkreisen mit 170 Turngauen auf 1832 Turnvereine des deutschen Reiches und Deutsch-Oesterreichs sich vertheilten. Im Juli oder August des nächsten Jahres beabsichtigt der leitende Ausschuss derselben wieder ein allgemeines deutsches Turnfest in Frankfurt am Main zu veranstalten. Dort hat sich zu diesem Zwecke auf Anregung des Oberbürgermeisters Dr. v. Mümm bereits ein Comité gebildet, welches die Vorbereitung zu diesem Feste in die Hand nehmen wird und bei der Bürgerschaft wohlwollendes Entgegenkommen und bereitwillige Unterstützung (der Etat des Festes stellt sich nach dem Voranschlage auf etwa 150,000 Mark) zu finden hofft. In der Reihe der allgemeinen deutschen Turnfeste wird das nächstjährige das fünfte sein. Das 1. fand 1860 zu Coburg, das 2. 1861 zu Berlin, das 3. 1863 zu Leipzig, das 4. 1872 zu Bonn statt, das 5. war bereits für 1878 zu Breslau vorbereitet, wurde aber der Zeitverhältnisse wegen vertagt und auch in diesem Jahre stieß die Ausführung auf Hinderniß.

Die Kornpreise sind auf den deutschen Märkten bedeutend gestiegen und scheinen immer noch steigen zu wollen auch ohne Zoll. — Das Eisengeschäft im Rheinland und in Westphalen hebt sich bedeutend, es gehen große Bestellungen und für längere Zeit ein, man lebt nicht mehr von der Hand in den Mund; Spiegelisen geht viel nach Belgien. Auch auf dem Kohlenmarkt herrscht reger Absatz.

Es heißt, daß der Pariser Municipalrath entschlossen sei, seine Entlassung einzufordern, wenn die Regierung den vom Generalrath des Seinedepartements, dem der gesammte Pariser Municipalrath angehört, ausgesprochenen Wunsch zu Gunsten der Amnestie annulliren sollte, wie dies gesetzlich ihre Pflicht wäre. Es steht somit ein Konflikt zwischen der Regierung und dem Pariser Gemeinderath in Aussicht. — Die Waisenkinder der von den Regierungstruppen erschlagenen Kommunisten sind vom Kardinalerzbischof Guibert von Paris